

ETATREDE 2012 / 2013

**Ob jung, ob alt,
ob Frau, ob Mann,
ob arm oder reich –
niemand darf verloren gehen
in der dynamischen und sozialen
Stadt Mannheim**

**Stadtrat Thomas Trüper
Gehalten am 12.12.2011
vor dem Gemeinderat
der Stadt Mannheim**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie sich alle durch ein neu gestaltetes, schwieriges aber informatives Doppik-Haushaltswerk gekämpft haben,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Mannheim, die Sie gewaltige Berge zu bewältigen und manchmal gar zu versetzen haben,
sehr geehrte Damen und Herren der Öffentlichkeit, die Sie mit Ihrer heutigen Anwesenheit Ihr überdurchschnittliches Interesse und Engagement für die öffentlichen Dinge bekunden,

Kommunalpolitik in der Finanzkrise

es ist wahr: Wir müssen mit allem rechnen, ohne im Wortsinn damit wirklich rechnen zu können.

Die Destabilisierung der Volkswirtschaften, die spekulationsgetriebene Krise nicht nur der europäischen Staatsfinanzen: Sie fressen sich dahin wie die Kernschmelze in Fukushima – Explosionen nicht ausgeschlossen. Die herrschende Politik mit der eisernen Kanzlerin an der Spitze gefährdet den europäischen Zusammenhalt. Das Wichtigste für die öffentlichen Finanzen unterbleibt: Die Schaffung eines gegen aggressive Spekulation geschützten europäischen wie auch bundesweiten öffentlich-rechtlichen Bankensektors. Das Falscheste wird vorangetrieben: Spar- und Sozialabbau-Politik gegen die europäischen Bevölkerungen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird so dem Kollaps zugetrieben.

Und es unterbleibt die große Umverteilung von oben nach unten, die Leerung der Finanzblasen, deren Notwendigkeit selbst von den Seriösen unter den Erzkonservativen überhaupt nicht mehr in Frage gestellt wird.

„Griechenland“: Das ist zuerst der Angriff auf die Papiere eines gar nicht überdurchschnittlich verschuldeten Staates, es ist die Steuerverweigerung der Reichen und Superreichen, es ist die Korruption (die z.B. auch den Namen Siemens trägt). Es ist nicht die Faulheit und die Überkonsumtion. „Griechenland“ wird immer größer und ist bald überall.

Und in diesem Umfeld machen wir Kommunalpolitik. Wir führten in der letzten GR-Sitzung eine lebhafte und wichtige Diskussion über „Basel III“: Darf und muss der öffentliche Finanzsektor eigene Wege gehen? Ja, er darf und er muss.

Schuldenberg

Auch in der Kommunalpolitik scheint es nur ein großes Thema zu geben: Die Verschuldung. „Sparen und Schuldenabbau“ – das ist die einzige Phantasie, die von Teilen des Hauses entwickelt wird.

Wir empfehlen etwas mehr Nüchternheit an dieser Stelle. Dabei hilft uns tatsächlich die **Doppik** samt Bilanz, auf die wir allerdings noch warten müssen.

Was den Schuldenstand betrifft, so scheint die Relation zum Eigenkapital für die Stadt Mannheim akzeptabel zu sein. Jedoch hat das „Eigenkapital“ der Stadt durch Wertverzehr bei den Aktiva gelitten:

30 Jahre Steuerentlastung für Reiche, „schlanker Staat“ und Fixierung auf den sog. Schuldenberg haben zu einer grandiosen Eigenkapitalvernichtung des „Konzerns“ Stadt geführt. Wem das zu abstrakt klingt, der betrachte die Schäden an unseren Schulen, Straßen, Brücken, Bädern, am Nationaltheater usw. Dreistellige Millionenbeträge müssen nun in relativ kurzer Zeit aufgebracht werden, um den Instandhaltungs- und Investitionsstau abzubauen.

Wohin blinde Absolutbetrachtung von Schulden anstelle wirtschaftlicher Vernunft führt, zeigt das Beispiel Abendakademie: Unter dem Motto „Privat ist immer besser“ muss die städtische Tochter dreißig Jahre lang Miete an einen Privatinvestor zahlen und hat am Ende Nichts. Indirekte Verschuldung ohne Vermögenszuwachs. Ein echter Vermögensschaden für die Stadt.

Kein Ausgaben- sondern ein Einnahmenproblem

Wenn man die **Kommune** schon unbedingt als „**Konzern**“ bezeichnen will, obwohl es hier nicht um die Erwirtschaftung eines Profits aus eingesetztem Kapital geht, sondern um die Erreichung eines größtmöglichen konkreten Nutzen für die 302.000 Menschen in dieser Stadt – wenn man also vom „Konzern“ spricht, muss man zur Kenntnis nehmen, dass der „Umsatz“ und letztlich das Ergebnis dieses wundersamen Konzerns sich im wesentlichen aus Gebühren, Umlagen und Steuern speist. Und da fehlt's an Ertragskraft für Schuldenabbau, Investitionen und Stärkung der Stadtgesellschaft.

In der Regel haben die Investitionen der Stadt einen hohen Gebrauchswert für die Bewohnerinnen und Bewohner und für die ortsansässige Wirtschaft.

Sie dienen der Zukunftssicherung. Man denke nur an die Schulen. Nahverkehr beispielsweise oder Kultureinrichtungen sind ebenso wichtige Standortfaktoren auch für die Wirtschaft.

Sie werden von der Wirtschaft auch entschieden angefordert aber offensichtlich nicht wertgeschätzt: Sie sollen genau wie all die tausend erforderlichen öffentlichen Dienstleistungen der Stadt (siehe Produktkatalog) am besten nichts kosten. Sie sollen scheinbar von Geisterhänden, nicht aber von städtischem Personal vollbracht werden.

Reflexartig ertönt in den notwendigen Diskussionen um die Überwindung der strukturellen Unterfinanzierung von solchen Kommunen wie Mannheim aus den Kehlen der Wirtschaft, ihren Verbänden und ihren schlecht beratenden Parteien der archaische und zudem auch noch schwäbische Spruch: „Noi, m'r gäbbed nix!“

Ein guter Kaufmann fragt: Was ist die Gegenleistung? Und die Mannheimer „Kaufleute“ werden ehrlicherweise feststellen müssen: Sie bekommen eine funktionierende, friedliche, attraktive Stadt geliefert, eine gute Basis ihres Geschäfts.

In der Haushaltsstruktur muss die Einnahmenseite gestärkt werden. Im letzten Doppelhaushalt wurde die Grundsteuer erhöht. In diesem Jahr muss endlich auch die im Jahr 2000 grundlos und ohne Not herbeigeführte Absenkung des Gewerbesteuerbesatzes rückgängig gemacht werden .

Gewerbesteuer

DIE LINKE fordert: Auch die Wirtschaft muss einen angemessenen Beitrag zur Bewältigung der riesigen Aufgaben der Stadt bringen. 430 Punkte stellen wirklich keine Überforderung der gewerbesteuerzahlenden Unternehmen dar. Zahlen wurden schon genannt. Weltuntergangsszenarien von interessierter Seite muten peinlich und lächerlich an.

Sozialticket

Die Mehreinkünfte ermöglichen die Finanzierung einiger für die sozial ausgewogene Weiterentwicklung der Stadt strategisch notwendiger Maßnahmen oder besser ausgedrückt: die Verwirklichung von sozialen Grundrechten der Menschen in dieser Stadt.

Wichtig ist der LINKEN die Aufhebung der wirtschaftlich bedingten Mobilitätsblockade für ca. 20.000 Menschen mit geringem Einkommen. DIE LINKE fordert die Wiedereinführung eines Sozialtickets. Wir haben hierzu einen ausführlichen Antrag eingebracht. Es geht um die Teilhabe aller Menschen in dieser Stadt, es geht letztlich auch um die Verhinderung örtlicher und geistiger Absonderung. Wir sind uns ziemlich sicher, dass das Sozialticket letztlich kostenneutral sein wird.

Haushaltsstrukturprogramms 2013

Das Haushaltsstrukturprogramms 2013 bedarf der Überprüfung:

Hier sehen wir besonders bei der Deckelung der Kostenübernahme für Pflegeheimplätze eine echte Fehlentwicklung. Das Verfahren neigt zur Unfairness oder aber bleibt finanziell nutzlos. Tatsächlich kann ja kein finanzieller Nutzen definitiv nachgewiesen werden. Das System benachteiligt die Menschen, die nicht als Selbstzahler/innen antreten können. Am Ende sind dann aber die allermeisten auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Durch den radikalen Markteingriff der Stadt werden ausgerechnet v.a. die städtischen Häuser benachteiligt. Wenn das System tatsächlich greifen und nicht nur böses Blut produzieren würde, hätte es fatale Folgen für die APH und würde am Ende via Klinikum auf die Stadt durchschlagen. Im übrigen ist der Markteingriff auch ein Schlag gegen die Tarifbindung. Man bricht sich keinen Zacken aus der Krone, wenn man dieses Element aus dem Strukturprogramm streicht.

Vielmehr sollten wir als Gemeinderat gemeinsam mit der Verwaltung eine ganzheitliche Bestandsaufnahme der Pflegekosten vornehmen und ebenso ganzheitlich nach

sozialverträglichen Lösungen mit den Schwerpunkten „ambulant vor stationär“, „neue Wohnformen“ und Regulierung des stationären Pflegemarktes suchen.

Wohnungspolitik

Ein wichtiges Thema vermissen wir im Haushalt und allen bisher gehaltenen Reden: Die zunehmenden Engpässe bei der **Bereithaltung bezahlbaren Wohnraums** im unteren Einkommenssegment. Es gilt der Segregation der Stadtgesellschaft entgegenzuwirken, die Frauen überdurchschnittlich trifft. So fordert übrigens die von der Stadt Mannheim unlängst unterzeichnete EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern in ihrem Artikel 19 ausdrücklich, dieses Problem für alle Menschen aktiv anzugehen. Mit rein marktwirtschaftlichen Instrumenten wird es nicht gehen. Die systematisch zurückgefahrenere öffentliche Wohnraumsubventionierung für untere Einkommenschichten muss wiederbelebt werden. Das ist sicher kein nur kommunal zu lösendes Thema, aber es muss von den Kommunen, auch von unserer Stadt, angegangen werden.

Beschäftigungsförderung

Weitaus mehr als im Haushaltsentwurf vorgesehen, muss zukünftig eine kommunale Beschäftigungsförderung angegangen werden. Wenn die Ein-Euro-Jobs und Entgeltvarianten dem Ende zugehen – wir weinen ihnen keine Tränen nach – dann müssen Alternativen gesucht werden, die den betroffenen Langzeitarbeitslosen ihre Würde zurückgeben und notwendige Hilfe gewähren. Eher therapeutische Arbeitsgelegenheiten und ihre Träger müssen als solche wirtschaftlich gesichert werden. Sie ersparen der Gesellschaft übrigens hohe Folgekosten bei unterlassener Hilfeleistung. Für notwendige und zusätzliche Arbeiten müssen tarifliche und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Abschließend: Vielen Dank für die enorme Arbeit der diesjährigen Haushaltsaufstellung und die hilfreichen Schulungs- und Informationsangebote.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.